



Gemeinsame Pressemitteilung

Länder, Bund und kommunale Spitzenverbände einigen sich auf Eckpunkte zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten

Die Kulturminister der Länder, Vertreter des Bundes und der kommunalen Spitzenverbände haben heute im 10. Kulturpolitischen Spitzengesprächs „Erste Eckpunkte“ zum Umgang mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten beschlossen. Darin werden die zentralen Handlungsfelder benannt. Auf dieser Basis ist ein vertiefter Austausch über die Kernfragen geplant. Dabei soll auch der Sachverstand von Fachleuten aus den Herkunftsländern, Deutschland und Europa angemessen einbezogen werden.

Carsten Brosda, Senator für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg und Vorsitzender der Kulturministerkonferenz (Kultur-MK): „Diese Eckpunkte zeigen, dass die föderale Zusammenarbeit in der Kulturpolitik wirkt. Wir stellen uns unserer Verantwortung und schaffen eine Grundlage für den künftigen Umgang und die Rückgabe von Kulturgütern aus kolonialen Kontexten. Es ist außerdem ein wichtiger Schritt für unsere postkoloniale Erinnerungskultur, dass diese gesamtstaatliche kulturpolitische Vereinbarung zustande gekommen ist. Ich freue mich, dass wir uns auf gemeinsame Eckpunkte verständigt haben, die den Dialog mit den Herkunftsgesellschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen zu einer Grundlage des weiteren Verfahrens macht.“

Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters: „Mir liegt es sehr am Herzen, dass wir beim Umgang mit Kulturgut aus kolonialen Kontexten alle an einem Strang ziehen. Dass Bund, Länder und Kommunen sich hier gemeinsam engagieren, ist unabdingbar. Nur in enger Abstimmung miteinander können wir verantwortungsvolle, faire Lösungen entwickeln. Das Eckpunktepapier ist Ausdruck unserer historischen Verantwortung, die koloniale Vergangenheit aufzuarbeiten und mit der Partnern einen neuen Dialog in einem Geist der Partnerschaft und Würde zu pflegen.“

Michelle Müntefering, Staatsministerin im Auswärtigen Amt: „Die heutige Vereinbarung zeigt: Wir als kulturpolitisch Verantwortliche in Deutschland kümmern uns und tragen gemeinsam historische Verantwortung. Dies unterstreicht: wir sind dialogfähig und konstruktiv.“

Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster, für die Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbänden:

„Die Städte sind mit ihrer Vielzahl völkerkundlicher Museen und Sammlungen vom Thema koloniales Erbe betroffen. Sie stellen sich der Verantwortung und sind bereit, sich gemeinsam mit Bund und Ländern an der Aufarbeitung dieses schwierigen Kapitels deutscher Kolonialgeschichte aktiv zu beteiligen. Wichtig ist dabei, auch die Perspektive der Herkunftsstaaten und von Menschen ehemals kolonisierter Gebiete in den Dialog einzubeziehen.“